

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt

und Land

Geschäftsstelle: Herford, Kennstr. 29/31. Fernruf 88

Die Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis Ausgabe 1/1. Jährl. 1.80 M., bei Postbezug 1.50 M. u. Bestellgeld. Ausgabe 3. mit „Leben im Bild“ 30 Pf. mehr. Preis der Annoncen: Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford, Oeynhausen u. Amt Rehme 15 Pf., sonst 18 Pf.

Regelmäßige unentgeltliche Beilagen: Herforder Erzähler (täglich), Am Pflug (monatlich zweimal), Haus und Hof (monatlich zweimal), Fabrik und Handwerk (monatlich einmal), Für Jäger und Naturfreunde (monatlich einmal), Mode für Alle (monatlich zweimal).

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 29

Herford, Sonnabend, den 3. Februar

1917

Lebhafte Aufklärertätigkeit an der Westfront.

Bericht des Hauptquartiers.

2. Größes Hauptquartier, 2. Februar.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Armentieres und Arras scheiterten zahlreiche Vorstöße starker englischer Aufklärungs-Abteilungen. Weiter östlich der Ancre und Somme herrschte lebhafter Artilleriekampf. In den Morgen- und Abendstunden rege Tätigkeit unserer Erkunder, die südwestlich von Miraumont und nordöstlich von Le Sars einen Offizier und 12 Mann aus den feindlichen Gräben holten.

Am Wege Guedecourt-Boulencourt drangen nach hartem Feuer die Engländer in Komp. Breite ein. Im Gegenangriff wurde die Stellung gefäubert; eine Anzahl Gefangener blieb in unserer Hand.

Heeresgruppe Kronprinz.

An der Combres-Höhe und imilly-Walde kehrten Stoßtrupps aus den zerstörten franz. Linien mit 20 Gefangenen zurück. In den Vogesen brachten unsere Aufklärer 6 Franzosen von einer Unternehmung ein.

An der nördlichen Westfront waren die Flieger sehr tätig. Unsere Geschwader machten im englischen Teil Frankreichs wertvolle Feststellungen. Die Gegner blühten bei Luftkämpfen 7 Flugzeuge ein.

Bei hartem Frost und Schneefällen keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

2. Berlin, 2. Febr., abends. (Amtlich.)
An keiner Front besondere Kampfhandlungen.

Der Wiener Bericht.

Wien, 2. Febr. Amtlich wird gemeldet:
Auf allen drei Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Hofier, Feldmarschallleutnant.

Der neue Schweizer Gesandte in Berlin.

D. Bern, 3. Febr. Die Ernennung des Generaldirektors der Schweizerischen Bundesbahnen Dr. H. Haab zum schweizerischen Gesandten in Berlin wird von der ganzen Schweizer Presse warm begrüßt. Haab gilt als einer der besten Stützen der Schweiz; er ist ein hervorragendes Mitglied der liberalen Partei und gehörte der Zürcher Regierung an. Mit Deutschland verbindet ihn viele Beziehungen und man bezweifelt hier nicht, daß seine Ernennung zum Gesandten in Berlin auch von deutscher Seite allgemein zustimmend aufgenommen wird.

Ein Bloß der Rechten in Rußland.

D. Kopenhagen, 3. Febr. Nach Petersburger Meldungen konferierte Ministerpräsident Golitsyn mit leitenden Persönlichkeiten der Rechten, da die Regierung einen Bloß der Rechtsparteien zu bilden versucht. Gleichzeitig wurden die Gouverneure und andere Beamte aufgefordert, mit Vertretern der Rechtsparteien in ihren Distrikten zu dem Zweck zu verhandeln, die Duma-Mitglieder in der von der Regierung gewünschten Richtung zu beeinflussen.

Lebensmittelfrawalle in Rußland.

Berlin, 3. Febr. Wie dem „Vol.-Anz.“ aus Sofia berichtet wird, schreibt „Morodny Prava“ aus russischer Quelle über die letzten Demonstrationen in Moskau: Die Demonstrationen begannen Dienstag früh und dauerten bis Donnerstag nacht. Die Volksmenge versammelte sich Dienstag früh, um gegen den Lebensmittelmangel zu demonstrieren. Als der Zug zur Ulice Dobrota kam, hatten schon mehr als 100 000 Mann alles auf dem Wege verunstaltet. Sie führten auf Goldstafeln Inschriften wie: „Wir hungern, gebt Brot! Schließt Frieden! Nieder mit England!“ Die Geschäfte wurden geplündert. Der Polizeipräsident verlangte

von dem Militärkommandanten schnelle Hilfe, dieser aber sagte, die Stadt solle Lebensmittel für die Bevölkerung beschaffen, und wollte keine militärische Hilfe leisten. Abends gingen Polizeipatrouillen durch die Stadt und sagten überall, am nächsten Tag werde Brot und Mehl verteilt. Die Stadt bekam tatsächlich vom Militär einen Mehlvorrat. Die Menge stürmte jedoch schon nachts die Lager und raubte den Kriegsvorrat. Mittwoch früh warteten viele Leute auf die Verteilung von Lebensmitteln, als man aber sah, daß keine Verteilung stattfand, begann das Volk neuerdings zu plündern. Die größten Juweliere und andere große Geschäfte wurden zu allererst vollständig ausgeraubt. Die Menge zog dann ins Innere der Stadt. Auf dem Wege wurden alle Geschäfte geplündert, Straßenbahnwagen umgestürzt, die Schienen aufgerissen. Polizei schritt ein, war aber genötigt, sich zurückzuziehen, da zwanzig Polizisten mit Eisenbahnschienen erstickten wurden. Donnerstag früh, als die Menge noch immer plünderte, schritt ein Kavallerie-Regiment ein. Die Menge widersetzte sich. In kurzer Zeit lagen 500 Arbeiter und 54 Soldaten tot am Fuß. Später verweigerten die Kavalleristen den Waffengebrauch. Als die Offiziere die Soldaten zückigen wollten, wurden 2 Offiziere erschlagen. Donnerstag abend 8 Uhr trat großes Schneetreiben ein, worauf die Demonstration ein Ende hatte.

Spaniens abwartende Haltung.

D. Basel, 3. Febr. Aus Madrid meldet die „Agence Havas“: In der Kammer erklärte Ministerpräsident Romanones, die deutsche Note bedeute auch für Spanien den Beginn schwerer Zeiten und die Regierung müsse auf die patriotische Mitarbeit der Mitglieder der Kammer rechnen können, wenn sie der Schwierigkeiten Meister werden wollte. Romanones hatte vor der Sitzung eine längere Unterredung mit dem deutschen Botschafter, dem er sagte, er werde die deutsche Note nicht eher beantworten, bis er ihren Eindruck auf die übrigen Neutralen wahrgenommen habe. Wie versichert wird, soll Romanones bei der Unterredung mit dem deutschen Botschafter bemüht gewesen sein in gewissen zweifelhaften Punkten Aufklärung zu erhalten. Im Senat erwiderten verschiedene Senatoren die Regierung, die Herstellung von Rohmaterial energischer zu betreiben. Der Kriegsminister erwiderte, daß dies die Absicht der Regierung sei. Der Minister des Innern teilte mit, daß das Kriegs- und Marinedepartement den militärischen Behörden Institutionen erteilt hat entsprechend der Schwere der Umstände. Romanones erklärte am Schluß einer Konferenz mit dem Präsidenten der Kammer, es wäre unnütz zu leugnen, daß wir uns in einer schweren Lage befinden. Romanones gab, wie oben erwähnt, in der Kammer und im Senat diesbezügliche Erklärungen ab. Villanueva meinte, daß nach dieser Ansicht die Verhältnisse kritisch seien.

Maßnahmen in Holland.

D. Aus dem Haag, 3. Febr. Im Haag erschien gestern eine Regierungserklärung, die besagt, daß kein Holländer, der fähig ist, Waffen zu tragen, zwischen 19 und 48 Jahren das Land verlassen darf. Der Stellungs-kommandant von Amuiden gab gestern bekannt, daß die ganze Fischerflotte ausfahren dürfe, aber nicht weiter bis Terschellingsbank und bis 20 Seemeilen von der Küste. Für die holländische Handelsflotte bleibt das Auslaufverbot vorläufig in Kraft; fremde Schiffe können die Genehmigung zur Ausfahrt auf eigene Verantwortung erhalten.

Ein „amerikanischer Fall“.

D. Basel, 3. Febr. „Havas“ meldet aus Paris: Der amerikanische Senator Hays und der Chefredakteur der „New York Tribune“ telegraphierten an Wilson und Lansing und erbat Instruktionen. Sie waren im Vertrauen auf die von der deutschen Regierung erfolgte des „Suffrage“-Falles eingegangenen Verpflichtungen nach Paris gekommen und möchten jetzt nach Amerika zurückkehren, können aber kein Schiff finden, das innerhalb der von der deutschen Note bestimmten Frist ausfahren wird.

U-Boot-Meldungen.

2. Berlin, 2. Febr. Von in diesen Tagen zurückgekehrten U-Booten sind 21 Fahrzeuge mit rund

30 000 Buntrotzgeräten

versenkt worden. Unter der Ladung befinden sich u. a. circa 7500 Tonnen Kohlen, 5000 Tonnen Erbsen, außerdem Phosphat und Grubenholz.

Aufnahme des verschärften U-Bootkrieges in Amerika.

2. Amsterdam, 2. Febr. Die Union-Regierung macht bekannt, daß Schiffe, wie bisher, aus dem Hafen von New York ausfahren dürfen, daß die Washingtoner Regierung aber keinerlei Verantwortung trage.

Reuterische Preß-Stimmen aus Amerika.

2. Rotterdam, 2. Febr. Reuter bringt aus New York eine Anzahl von Preßstimmen. Mehrere Blätter, besonders die World, erklären, daß die Regierung dem Grafen Bernstorff seine Bässe zustellen und die Beziehungen sofort abbrechen müsse. Zu weiteren Maßnahmen solle aber erst geschritten werden, wenn die Regierung durch abschließenden Mord und Zerstörung dazu gezwungen sein werde. Der Präsident soll die Bedingungen seines eigenen, seiner Zeit Deutschland übermittelten Ultimatus ausführen und zwar so schnell, daß Berlin nicht die Entschuldigung vorbringen könne, es habe die Politik der amerikanischen Regierung mißverstanden. Wenn das tatsächlich zum Kriege mit Deutschland führen sollte, so möge es so sein. — New Yorker Herald schreibt, er gebe keine Ursache, sich über den jüngsten Ausbruch des Preßentums zu wundern. Er spiegele nur die deutsche Niederlage wieder. — Die Washington Post meint: Die deutsche Note wird das amerikanische Volk stark vor Enttäuschung machen. Unsere Regierung wird die Fägel, die Deutschland uns anlegen will, zweifellos nicht ertragen. — Das Journal of Commerce sagt: Es steht fest, daß die Vereinigten Staaten sich niemals mit einem solchen Gang der Dinge zufrieden geben werden. — New York Times schreibt: Die neue Vorwarnung über das Kriegsgebiet ist eine Verzweiflungstat, die als Zeichen angesehen werden kann, daß das Ende des Krieges nicht mehr weit ist.

Einberufung des Reichstages zum 22. Februar.

Der Hauptausschuß des Reichstages hat sich dahin geeinigt, am Tage vor dem Wiederauftritt der Vollversammlung eine Sitzung abzuhalten, um sich über die Art der Beratung des Reichstages schlüssig zu werden. Die erste Sitzung des Reichstages in diesem Jahre ist für den 22. Februar in Aussicht genommen. Danach wird die nächste Sitzung des Hauptausschusses voraussichtlich auf den 21. Februar anberaumt werden. Sollte ein früherer Zusammentritt des Hauptausschusses erwünscht erscheinen, so wird der Reichstagsrat sich mit dem Vorsitzenden des Ausschusses in Verbindung setzen. Der Hilfsdienstausschuß des Reichstages, der aus 15 Mitgliedern besteht, sollte gestern zusammentreten. Die Sitzung ist jedoch mit Rücksicht auf die Beratungen des Hauptausschusses auf Freitag nächster Woche vertagt worden.

Das Gesetz der Vergeltung im Luftkampf.

Im November v. J. tat sich die Entente-Prese viel darauf zu Gute, daß es einen französischen Flieger gelungen war, unter Mißbrauch neutralen Gebietes nach München zu gelangen und die Stadt mit einigen Bomben zu belegen, die übrigens nur wenig Schaden anrichteten. Es war der französische Flieger Beauchamp, der in Verdun aufgestiegen war und die Rückfahrt über die Schweiz nahm, bis er in Oberitalien landete. Bekanntlich ist Beauchamp einige Wochen später im Luftkampf gefallen. Das Gesetz der Vergeltung wollte es, daß sein Begleiter ein Münchener war, und zwar der bayerische Pionieroberleutnant Döster. Auch sein Begleiter, der Infanterie-Leutnant Voss, ist Münchener. Beauchamp erhielt damals im Luftkampf einen Kopfschuß, er konnte sein Fahrzeug zwar noch über die französischen Linien bringen, stürzte dann aber ab und wurde tot aufgehoben.

Die Zeit ist reif geworden.

Die Abweisung, die das deutsche Friedensangebot von Seiten der Gegner gefunden hat, zwingt Deutschland zur Weiterführung des Krieges mit allen Mitteln. Nach wie vor steht das deutsche Volk auf dem Standpunkt, daß

im Namen der Menschlichkeit jede Stunde, die eine Verzögerung des blutigen Ringens bedeutet, einer gewöhnlichen Schlacht gleichkommt, und gerade unter diesen Gesichtspunkten versuchen seine politischen und militärischen Führer die Stunde der Entscheidung herbeizuführen. In diesem Sinne ist die Erklärung der Kriegszone um England und im Mittelmeer gedacht, und in Einmütigkeit haben sich Regierung, die Leitung der Flotte und des Heeres zu dieser schwerwiegenden Maßnahme entschlossen. Es gilt, einen Herzstoß gegen den Gegner zu führen, und England, den hartnäckigsten Feind, an seinem Lebensnerv zu treffen. Nicht von heute zu morgen ist der Entschluß zur Tat gereift, lang und wohl erwogen ist der Plan und gegründet auf tatsächliche Voraussetzungen, die sein glückliches Gelingen rechtfertigen. Die Tätigkeit unserer U-Bootboote in den zweieinhalb Kriegsjahren hat den leitenden Stellen genügend Verteilungsmöglichkeiten verschafft, so und wann die Waage kommen mußte, in der es galt, von dieser Waffe uneingeschränkten Gebrauch zu machen. Die Zahl unserer U-Boote hat sich um ein beträchtliches vermehrt, ihr Aktionsradius hat sich bedeutend erweitert, eine große Zahl von feindlichen Führern und Mannschaften ist in der harten Schule des Krieges herangewachsen, und die Technik der Waffe hat sich bedeutend verbessert. Im Verein hiermit bieten die praktischen Ergebnisse des bisherigen U-Bootkrieges die Gewähr dafür, daß der Augenblick für seine Ausdehnung günstig gewählt ist. Die englische Handelsflotte hat, wie die letzten Ergebnisse des bisherigen U-Bootkrieges zeigen, empfindliche Verluste erlitten, die trotz aller Anstrengungen nicht aufzumachen sind. Allein im Dezember sind 430 000 Tonnen Schiffsraums dank der Tätigkeit unserer U-Boote verloren gegangen; hierzu kommt, daß die Qualität des Ertrages sich naturgemäß mehr und mehr verschlechtert. Schon heute ist England genötigt, unzulängliches Material zu verwenden, und alte Ratten, die seit langem ein ruhiges Dasein in weltvergebenen Häfen geführt hatten, wieder in den Dienst zu stellen, nur um die Tomatenot einigermaßen zu lindern. Das gleiche ist mit dem Mannschafbestand der Flotte. Ein großer Teil der englischen Schiffe ist bereits heute mit mangelhaft ausgebildeten und unzuverlässigen Mannschaften besetzt, die, wie die Erfahrung zeigt, eher eine Gefährdung als einen Nutzen für die englische Schifffahrt bedeuten. Auch die Hilfe der Neutralen, die bisher nur England als Rückenstärker gedient haben, wird unter den veränderten Umständen in Fortfall kommen. Bereits jetzt ziehen es neutrale Reederei vor, trotz der höchsten Frachtsätze, ihre Schiffe aufzuliegen und sie für die Zeit nach dem Kriege zu sichern, anstatt sie weiterhin zu riskieren und Frachten zu opfern. In Gemeinschaft mit den Neutralen wird nach Friedensschluß der deutschen Handelsflotte dadurch die Möglichkeit gegeben sein, unter günstigen Bedingungen ihren Frachtraum zum Nutzen der deutschen Volkswirtschaft in den Dienst des Weltverkehrs zu stellen. Besonders schwer ins Gewicht fallend ist ferner der Umstand, daß der schlechte Ausfall der U-Bootkriege unsere Gegner veranlaßt hat, sich genügend mit Vorräten zu versehen, die sie in den Stand setzen, aus eigenem zu zehren; sie sind im Gegenteil weiterhin stark auf die Zufuhr über See angewiesen, und die Waffe des Hungerkrieges, die England schamlos gegen deutsche Frauen, Kinder und Greise angewendet hat, wird sich jetzt gegen ihre Träger richten.

Im Gegensatz zu der englischen Erklärung, die deutlich gegen die Neutralen gerichtet ist, nimmt Deutschland weitgehende Rücksicht auf die Bedürfnisse der kleinen Nationen. Die Grenze des von Deutschland festgesetzten Kriegsbereiches ist derart gezogen, daß ein Verstoß der Neutralen untereinander ungehindert bleibt. Deshalb ist es zu hoffen, daß im neutralen Auslande allgemein die Berechtigung des deutschen Standpunktes und der gute Wille Deutschlands anerkannt wird, und daß es möglich ist, die U-Bootwaffe in ihrer ganzen Schärfe anzuwenden, ohne daß bisherige gute Beziehungen getrübt zu werden brauchen.

Als das berechtigt das deutsche Volk zu der Hoffnung, daß das Vertrauen, das es in den zwei Kriegsjahren mit Recht zu seinen politischen und militärischen Führern gehabt hat, auch diesmal nicht enttäuscht werden wird. Kanzler und Seerescheiter haben wie noch stets in gemeinsamer Arbeit unter Erwägung aller Möglichkeiten auch diesmal die Stunde der Tat bestimmt. Wie die Armee, so wird, davon ist das deutsche Volk einmütig überzeugt, auch die deutsche Marine ihre Schuldigkeit tun, um den Gegner, wo es auch sein mag, zu treffen und den Vaterlande durch verhassten Kampf den ersehnten Frieden zu bringen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom 2. Februar.

Zur heutigen Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums, der letzten, die im Gebäude des kgl. Amtsgerichts stattfand, hatten sich am Magistrats-tische eingefunden: Erster Bürgermeister Busse, Bürgermeister Werner und Stadtkämmerer Falk. Von dem Kollegium waren 21 Herren erschienen. Stabs. Vorsteher Prof. Fellingner eröffnete die Sitzung um 3 Uhr mit dem Hinweis, daß ihm nach der Geschäftsordnung zunächst der Vorsitz noch zustehe, bis die Neuwahlen erfolgt seien. Er rief allen Erschienenen ein „Glück, Heil und Sieg dem Vaterlande“ im neuen Geschäftsjahre zu. (Bravo!)

Der Vorsteher gibt dann bekannt, daß die Prüfung der im November vollzogenen

Stadtverordneten-Neu- bezw. Ergänzungswahlen erfolgt sei. Es wurden in der 3. Abteilung die Stadtw. Radig, Niemeier, Ellerbrock, Vorst wieder- und Schlüter neu gewählt, in der 2. Abteilung die Stadtw. Maderjahn, Schürmeyer, W. Werner, Münster, Glade wiedergewählt und in der 1. Abteilung der Stadtw. Ernst Wolff neu gewählt. — Der Vorsteher hieß die Kollegen herzlich willkommen, und es erfolgte hierauf ihre Verpflichtung durch Handschlag auf ihr Amt.

Die

Wahl des Vorstandes

ergab folgendes Resultat: Justizrat Lücken (im Felde) Vorsteher, Prof. Fellingner stellv. Vorsteher, W. Werner stellv. Schriftführer. — Der Vorsteher gab dem Wunsche Ausdruck, daß der Leiter an Lungenerkrankung schwer erkrankte 1. Vorsteher Justizrat Lücken recht bald in körperlicher und geistiger Frische wieder im Kollegium weilen und seinen ihm hier stets lieb gewesenem Dienst wieder aufnehmen möge. (Zustimmung.)

Die

Wahl des Stadtverordnetenausschusses

fiel auf die bisherigen Herren Dr. Krenkel, Nolting, Detring, Fellingner, Werner und den Vorsteher. Stv. Radig hatte in einer der letzten Sitzungen (wie berichtet) um eine Veränderung der §§ 7 und 8 der Geschäftsordnung ersucht. Es handelt sich dabei um die Einbringung von schriftlichen Anträgen, die nicht auf der Tagesordnung der betreffenden Sitzung stehen. Dieser Antrag ist dem Magistratsmitglied Justizrat Brand zur rechtlichen Begutachtung vorgelegt worden. Um aber die Neuordnung dieses Teils der Geschäftsordnung nach Wiedereintritt ruhiger Zeiten vorzunehmen, wird die Angelegenheit heute vertagt.

Weiter teilt der Vorsteher mit, daß er dem Kommerzienrat W. Böckelmann anlässlich seines am 9. Januar stattgehabten 70. Geburtstages den Glückwunsch des Kollegiums ausgesprochen habe. Der Jubilar hat in einem Dankschreiben geantwortet, er blide gern auf die lange Zeit zurück, die ihn mit dem Kollegium verbunden habe, und er werde auch für die Zukunft seine Kräfte für das Wohl der Stadt Herford einsetzen. Um bei den Auszahlungen der Kriegsunterstützungen eine glattere Abwicklung zu erzielen, sind die Beträge mit Rücksicht auf die teuren Lebensmittel im großen und ganzen nach oben abgerundet. Wer also z. B. bisher 11,70 M. erhielt, darf jetzt 12 M. in Empfang nehmen.

Erster Bürgermeister Busse bittet das Kollegium, für die neue bevorstehende Kriegsanleihe werbend einzutreten. Redner verliest die Bestimmungen der Stadt-Sparkasse, die demjenigen, welcher bares Geld nicht zur Verfügung hat, die Möglichkeit gibt, dennoch Beträge nicht unter 100 und nicht über 3000 M. zu zeichnen.

Es folgt hierauf die Beratung der Vorlagen des Magistrats. — Der Vorsteher teilt mit, daß eine Durchlegung der Nebenhausplans für 1917 nicht erfolgt ist. Veränderung in denselben sind fast gänzlich zu verzeichnen, nur bei der Mittelschule und der Stadtschulstelle sind solche eingetreten. Bericht darüber folgt Montag.

Im Anschluß an die Beratung der Haushaltspläne bittet Stv. Glade, der Magistrat möge doch bei der

Kohlennot

helfend eingreifen. 1. Bürgermeister Busse erklärt dazu, daß eine Regelung der Kohlenlieferung, wie die Herren aus der Zeitung erfahren haben, bereits in die Wege geleitet sei. Es sei für die Zukunft ein gleichmäßiger Bezug allen, der nicht mehr als 5 Ztr. befehlen, in Aussicht gestellt. Der Magistrat habe sich, als die Kohlenlieferungen zu stocken begannen, sofort nach Berlin gewandt, dort habe man die Stadt nach Dortmund verwiesen und Dortmund wies auf die Kohlenhändler unserer Stadt. Er müsse zu seinem Bedauern erklären, daß der Magistrat der Beschaffung von Kohlen gegenüber

vollkommen machtlos

sei. Nach allgemeiner Ansicht an maßgebenden Stellen liege die Schuld nur an dem Mangel an Transportmitteln. Der Magistrat habe jedenfalls alles getan, was in seiner Macht stand, um dem Mangel an Brennmaterial abzuwehren. Vorläufig sei

nicht die geringste Aussicht

vorhanden, daß eine Verringerung in der Sache eintrete.

Stv. Horst: Dann empfand es sich doch, dahin zu wirken, daß die Gasanstalt Kohlen an die Stadt abgäbe, damit die Hausfrauen wenigstens im Herd feuern können, von der Zimmerheizung wolle er noch garnicht einmal reden. Im übrigen sei es bedenklich, wie die Hausfrauen von den Kohlenhändlern behandelt würden. Es sei unrecht, daß man sie in der Kiste bis zum späten Abend wartend habe stehen lassen und sie dann mit leeren Körben nachhause schickte. Aber das komme vielfach daher, weil es gestattet wurde, daß 50—60 Zentner

auf einmal abgenommen worden seien. Dann müßten andere natürlich frieren. Er verlange bei den nunmehr eingeführten Maßnahmen eine strenge Kontrolle, die die Verhältnisse verbessere.

Bgm. Werner betont, daß bereits seit gestern ein Beamter an der Bahn anwesend sei, um die Kontrolle durchzuführen. Gestern seien fünf Waggons ausgeladen worden; zwei davon erhielten größere Portionen, die zu ihrer Aufrechterhaltung der Kohlen umbedingt bedürfen, die übrigen drei Waggons aber seien in kleinen Mengen abgegeben. Heute dagegen sei nur ein Wagon angekommen, die Menge wachse nur zu oft. Betreffs der Kohlenartenunterschiede erwähnte Redner, daß die Karten am Sonnabend ausgegeben würden; natürlich müsse nachgeprüft werden, daß auch niemand mehr bekomme, als ihm zusteht und derjenige vorherhand nichts erhalte, der noch über 5 Ztr. im Hause verfüge. Aber es sei leider vorgekommen, daß in letzter Zeit eine Familie ihre Kinder drei- und mehrmals am Kohlen ins Rathaus schickte.

Stv. Horst fragt an, ob es denn nicht angängig sei, aus dem Stadthofe Holz zu beschaffen, um der augenblicklichen Notlage wenigstens zu steuern.

1. Bgm. Busse hält das für ausgeschlossen bei dem geringen Bestande am Stadthofe, der doch allein für die Stadt in Frage käme.

Stv. Detring ersucht darum, bei der künftigen Verteilung der Kohlen aber auch die Landwirtschaft nicht aus dem Auge zu verlieren. Der Landwirt müsse Kunkel- reben für sein Vieh fochen, er habe noch mehr zu bedenken, als nur das Zimmer zu heizen.

Stv. W. Werner erwähnt, daß er in letzter Zeit noch gar zu oft vollbeladene Fuhrwerke mit Kohlen wahrgenommen habe; man sehe hier wieder, daß es darauf bei Vielen ankomme: Wer gut „schmeert“, der gut Kohlen fährt! (Geisterst.)

Damit schließt die Aussprache.

Weitere Anmietung des Hauses Münster- kirchplatz 10 (Rathaus III.)

Stellvert. Stadtw. Vorsteher Fellingner: Es handelt sich bei der Vorlage, wie Ihnen bekannt ist um einen Teil der Böckelmannschen Fabrik, der als Rathaus III von der Firma seitens der Stadt feinerzeit angemietet wurde. Die Stadt hat das Gebäude jetzt 5 Jahre mietsweise in Besitz. Sie beantragt in ihrer Vorlage, den Mietvertrag um vorläufig 3 Jahre zu verlängern, zu welchem Zwecke sie mit der Firma einen neuen Vertrag abschloß, der dem Kollegium nun zur Stellungnahme und event. Beschlußfassung vom Magistrat vorgelegt wird. Bisher zahlte die Stadt einen Mietspreis von 2500 M.; bei Weitervermietung

verlangte die Firma aber 5000 Mark.

Der Magistrat wünscht das Gebäude weiter in Besitz zu behalten, weil er beabsichtigt, in demselben Schulklassen unterzubringen. Auch ihm sei die Forderung eine zu hohe gewesen und er beschloß, für das Gebäude 4000 M. Miete zu bieten. Die Firma sei aber hierauf nicht eingegangen und forderte, um die Sache abzumachen, nunmehr die Summe von 4500 M. Der Magistrat ist nun durch die Verhältnisse gezwungen, dem Angebot zuzustimmen. Gewiß werde jedem der Herren auch dieser Preis noch reichlich hoch erscheinen. Der Vertrag gelte dann vom 1. April 1917 bis 31. März 1920.

Stv. Horst fragt an, wieviel Klassenzimmer in dem jetzigen Rathaus III denn eingerichtet werden könnten.

Diese Anfrage gibt 1. Bgm. Busse Veranlassung zu einer eingehenden Darlegung der eingetragenen Verhältnisse. Er führt aus:

Es ist dem Magistrat nicht leicht gewesen, diesen Beschluß zu fassen. Wir müßten aber das Gebäude auf alle Fälle haben, wenn wir nicht in diegefahrvolle Lage kommen wollen, den Schulbetrieb in unserer Stadt nicht aufrecht erhalten zu können. Die Eltern der Kinder, die das Logium besuchen, führten lebhafteste Klage wegen der hier schon besprochenen und abgeänderten mitleidigen Verhältnisse, die die Baracken Sommer und Winter im Gefolge hatten. Schon jetzt sind 2 Klassen im Rathaus III untergebracht. Unsere Mittelschule ist in ständiger Aufregung begriffen, wir dürfen und können wegen ungenügender Räumlichkeiten ihren Aufstieg nicht aufhalten. Sie haben, m. G., erst vorhin zwei neue Lehrkräfte bewilligt. Eine Mittelschule, die von 700 Kindern besucht wird, hat Anspruch darauf, anständig untergebracht zu sein. Ein Restan der Mittelschule wird in einigen Jahren unbedingt notwendig werden. Zur Zeit ist sie nun schon in drei verschiedenen Schulen untergebracht, zudem müssen zu Eltern zwei neue Klassen geschaffen werden. Gleichwert wird die Frage der Unterbringung der Schulklassen noch wesentlich dadurch, daß die Schule Stillerberg zurzeit vom Militär besetzt ist. Selbst dann aber, wenn wir — was Gott geben wolle — bald Frieden bekommen und unsere schrittweisen Feind niedergerungen haben, werden wir doch noch das Militär eine Zeitlang hier beherbergen müssen, in dieser Hinsicht haben wir also bis jetzt noch wenig zu hoffen. In den Räumen des Rathauses III können wir 6 Klassen gut einrichten. Und damit beantworte ich zugleich die Frage des Herrn Horst.

Wir standen feinerzeit, kurz vor Ausbruch des Krieges, fast am Ende in den Verhandlungen über einen Ausbau der Real- und Oberrealschule. Die Angelegenheit wurde nur durch die Kriegserklärung verschoben. Als damals die Verhandlungen zur Erörterung standen, war Aussicht, das Projekt zu Ende zu führen; staatsseitig war uns ein Zuschuß in Aussicht gestellt. Der Krieg aber brachte in alle diese Fragen einschneidende Veränderungen. Nach dem Kriege werden wir uns, namentlich auf finanziellen Gebieten, Beschränkung auferlegen müssen.

Das Projekt der Oberrealschule kann aber nur seiner Vollendung entgegengehen, wenn der staatsliche Zuschuß aus gesichert bleibt. Bezüglich der Gebädefrage ist man an maßgebender Stelle der Ansicht, daß das jetzige Gebäude für etwa 10—15 Jahre für die neue Oberrealschule geeignet ist und daß die Landwirtschaftsschule in dem jetzigen Böckelmannschen Gebäude vorläufig untergebracht werden könne. In der Tat eignet sich gerade dieses Gebäude sehr gut für sechs Klassenzimmer. Das

Gebäude ist deshalb außerordentlich geeignet und ich bitte, der Vorlage Ihre Zustimmung zu erteilen. Wegen des Preises stehen auch wir im Magistrat auf dem Standpunkt, daß der bisherige Mietspreis von 2500 M. ein angemessener war. Wir müssen also so rechnen, daß wir in den 8 Jahren pro Jahr 3350 M. bezahlt haben. Ich bitte nochmals um Annahme der Vorlage.

Stv. Stranghöner: Ist es nicht möglich, die Klassen im Rathaus I unterzubringen? Es steht doch leer.

1. Bürgermeister Busse: Es schweben bereits Projekte wegen der Unterbringung der Stadtparlasse in dem Rathaus I, aber sein Zustand ist baulich sehr mangelhaft, während das Böckelmannsche Gebäude ein massives Haus ist. Die Renovierung des Rathauses I kostet viel Geld. Außerdem weise er daraufhin, daß auch die Schulhoffrage (Spielplatz) beim Rathaus III gleich gelöst sei.

Stv. Maderjahn befragt gleichfalls den hohen Preis als Miete für das Böckelmannsche Gebäude. Es stehe im Werte von 75 000 M., nach den gemachten Abschreibungen stehe es mit 71 000 Mark zu Buche.

Stv. Detring meint, daß das Terrain um das Rathaus III herum doch der Müstertische gehöre, als Schulplatz käme es demnach kaum in Betracht.

1. Bürgermeister Busse: Solcher Einwand ließe sich eventl. nach Uebereinkunft regeln.

Stv. Detring: Dann aber bitte vorher! Damit uns nachher keiner fragen kann, wir haben uns Rechte angemacht, die uns nicht zustehen.

Stv. Nolting bittet, die ganze Frage noch einmal eingehend prüfen zu lassen und zwar durch eine Kommission, der Stv. Architekt Münster angehört. Die Sache selbst möge heute vertagt werden. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Stv. Detring fragt an, ob die Schulräume denn nicht im neuen Rathaus untergebracht werden könnten?

1. Bürgermeister Busse: Dagegen spricht mehr als ein Grund. Aber ist das denn überhaupt möglich? So groß das neue Rathaus ist, es ist voll besetzt, denn es ist die ganze Kriegswirtschaft darin miteinfaßt. Und die Maßnahmen, die im Kriege notwendig wurden, werden auch nach Friedensschluß noch lange bleiben müssen. Dann aber auch möge man bedenken, wie föhrend eine Schule im neuen Rathaus auf den ganzen Betrieb dort wirken würde. Er erwinnere nur an den Gefangenenunterricht! Die Anregung des Herrn Detring sei nur möglich, wenn ein abgeschlossener Flügel dafür zur Verfügung gestellt werden könnte, das aber sei wiederum ganz ausgeschlossen. Im neuen Rathaus seien 34 der vorhandenen Zimmer kleinere Räume. Im Magistrat werde sich niemals eine Mehrheit für den Vorschlag Detring finden.

Stv. Reischauer tritt für Vertagung der Vorlage ein, umso mehr, als die Räume des Rathauses I späterhin ja auch einmal Schulzwecken dienen sollen, wie erwähnt sei.

Vorsteher Fellingner: Die beiden im Rathaus III untergebrachten Klassenräume sind durchaus befriedigend.

1. Bürgermeister Busse: Für Schulzwecke werden größere Umbauten nicht mehr genehmigt werden, wie das Generalkommando und das Kultusministerium mitteilen. Das Rathaus I in der Elisabethstraße müsse aber zu solchen Zwecken umgebaut werden, die Fußböden seien morsch, die Fenster schließen nicht, wie überhaupt große Instandsetzungen dort notwendig werden müßten.

Stv. Maderjahn: Wer das Rathaus I kennt, gibt keine 3000 M. zu Renovierungszwecken. Stv. Reischauer bezweifelt, daß es so schnell dort aussehe, wie Vorredner es darstelle.

Stv. Glade: Die ganze Angelegenheit würde sofort gelöst werden können, wenn sich nicht — und zwar mit Recht — das Kollegium an dem hohen Mietspreis stoßen müßte. Ist es denn nicht möglich, den Preis noch herunterzubringen?

1. Bürgermeister Busse: Wir haben uns im Magistrat, wie gesagt, die größte Mühe gegeben, wir sind aber zu keinem andern Schluß gekommen und sind nun einmal genötigt, das Gebäude zu den angegebenen Bedingungen weiter beizubehalten.

Damit schließt die Aussprache. — Die Abstimmung über den Magistratsantrag ergibt dessen einstimmige

Ablehnung.

Der Antrag Nolting, eine Kommission zu erneuter Prüfung der Angelegenheit einzusetzen und diesen Punkt der Tagesordnung zu vertagen, findet Annahme.

Veränderung der Fluchlinie der Elisabethstraße auf der Strecke vom Egenistenhause bis zur Mausefalle u. Vornahme eines Flächenausstausches mit der Müstertischengemeinde. Dem Referat des Stv. Weiße wird — es handelt sich um einen schlicht um schlicht erfolgten Austausch — debattelos zugestimmt.

Stv. Werner meint dazu anregen zu sollen, auf der Ostseite der Kirche einen breiteren Weg zu schaffen.

1. Bürgermeister Busse sagt dazu, daß Verhandlungen darüber eingeleitet seien. Sie würden allerdings wenig Aussicht auf Erfolg haben.

Vornahme eines Flächenausstausches mit den Erben Hellweg an dem Verbindungswege zwischen Witzelhofstraße und Bahnunterführung. Referent Stv. Weiße trägt vor, daß es sich um 214 Quadratmeter Boden handelt, den die Erben Hellweg an die Stadt abtreten, diese erwerben von der Stadt 4 Quadratmeter. Der Austausch erfolgt gleichfalls schlicht um schlicht. Es erfolgt Zustimmung.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Vorsteher Fellingner schließt die Sitzung mit dem Danke für die Gastfreundschaft, die das königliche Amtsgericht dem Kollegium gegenüber in langen Jahren gewährte. Es sind in diesem Raume Beschlässe gefaßt worden von weittragender Bedeutung. Möchte in der Folgezeit dort drüben im neuen Rathaus dem Kollegium eine ebenso glückliche Zeit winken, die hier keine Verhandlungen begleitet auf Wiedersehen im neuen Rathaus! (Allseitige Zustimmung.)

Vorsteher Fellingner: Aber noch eins, meine Herren! Wollen wir im neuen Rathaus das Rauchen beibehalten?

Zurufe: Vertragen, vertagen! (Große Heiterkeit.) — Schluß 1/6 Uhr. T.

Herford und Minden- Ravensberg.

3. Februar.

Getäuschte Hoffnungen.

Vor einiger Zeit berichteten wir nach der „Peiner Zeitung“, wie aus dem Ort Wassel bei Hannover bekannt geworden sei, daß der Landsturmann Busche von dort, der seit 1914 vermisst war, jetzt plötzlich ein Lebenszeichen aus der Gefangenschaft gegeben habe. Auf unsern Bericht hin wandte sich die Frau eines hiesigen Bürgers an den Pfarrer in Wassel mit der Bitte um nähere Auskunft über den Fall. Der Ortsgeistliche war liebenswürdig genug, sofort zu antworten und unserer Landmännin mitzuteilen, daß die angezogene Notiz der „Peiner Zeitung“, welche die Kunde durch ganz Deutschland gemacht habe, leider den Tatsachen nicht entspreche. Busche sei wirklich seit 1914 vermisst. Seine Frau habe seitdem nichts von ihrem Manne gehört. Vor einigen Wochen wurde sie von der Kriegsgefangenenhilfe in Hannover gebeten, nochmals Personalanfragen über ihren Mann zu machen, um erneut Nachforschungen anstellen zu können. Auf dieser Tatsache beruhten wahrscheinlich die irreführenden Angaben der „Peiner Zeitung“, die zur Folge gehabt hätten, daß innerhalb von 2 Tagen bei der Frau Busche nicht weniger als

60 Anfragen

aus allen Teilen Deutschlands eingelaufen seien über vermisste Offiziere und Mannschaften.

Wir sind für diese Mitteilungen, die uns von der Herforder Fragestellerin gemacht werden, sehr dankbar und geben ihnen wegen ihrer allgemeinen Bedeutung umso lieber Raum. Es ist nicht angebracht, wenn Angehörige von Vermissten an Nachrichten, wie eingangs erwähnt, ob ähnliche irgendwelche Erwartungen od. Hoffnungen knüpfen. Der amtliche Nachrichtendienst ist jetzt derart ausgebaut, daß man ihn unbedingt vertrauen darf. Für Wessalen ist die Kriegsgefangenenhilfe zu Münster die Stelle, an welche alle Anfragen über Vermisste usw. zu richten sind.

Bessere Ausnutzung von Stadtruben u. Sauerkraut.

Das Kriegsernährungsamt veröffentlicht einen Brief des pratt. Arztes Dr. Stoecker über seine Erfahrungen in der Ernährungsfrage in bezug auf bessere Ausnutzung der Nahrungsmittel. Dr. Stoecker erkannte die Ursache von schlechterer Ausnutzung von Gemüsen, die falsche Zubereitungsart in ganz Westdeutschland, die nicht nur im Süden, sondern auch im Rheinland und zum Teil in Westfalen, üblich ist. Man kocht alles Gemüse in Salzwasser ab, schüttet dann das Wasser weg und bringt dann das Gemüse auf den Tisch, nachdem man es durch Fettzutat „geschmückt“ hat. Um die Sache in bezeichnender Form, in einer Art Versuch mit einer großen Anzahl Menschen, festzustellen, ließ Dr. Stoecker jeder Schüssel Gemüse, Suppe und ähnlichem, eine kleine Menge Nährsalze zufügen; von diesem Augenblick an trat eine Gewichtszunahme seiner Kranken ein. Die unrichtige Form der Zubereitung durch Auslaugen der Nährsalze ist gerade in den Gebieten, die kürzlich in der Nahrungsfrage Abgeordnete zu Erzellen Batodi schickten, sehr gebräuchlich. Verbreiteter aber ist noch die Gewohnheit, pflanzliche Nahrungsmittel, besonders Kohlarten, Rübenarten u. a. nur eine bis höchstens zwei Stunden zu kochen. Die Speisen sind dann schwer verdaulich, werden nur zu geringen Mengen ausgenutzt und damit eigentlich verschwendet. Daß Sauerkraut, um leicht verdaulich zu sein, wenigstens 5 Stunden, Stadtruben wenigstens 3 Stunden kochen müssen, wollen Arbeiter freuen nicht einsehen. Der Wohlgeschmack, der damit erhöht wird, spielt keine Rolle. Wohl aber klagen manche, daß Stadtruben schlecht bekömmlich seien, nicht gut schmecken u. a. m. Es ist das natürlich, wenn man die Rüben nur 1 bis 2 1/2 Stunden kochen läßt. Die Stadtruben werden, nach Angabe gut kochender Frauen, im Kochen zuerst rasch etwas weich, dann aber (wie Fleisch) bald härter und erreichen erst nach etwa 3 Stunden den richtigen Wohlgeschmack und entsprechende Verdaulichkeit.

Als Ergebnis seiner Versuche folgert Dr. St.: Gerade für Schwerarbeiter ist neben einer gewissen Menge an Nahrungsmitteln die Zubereitung von höchsten Wichtigkeit. Ohne entsprechende Zubereitung leisten selbst große Mengen von Nahrungsmitteln nichts.

1. Die Revision der Invalidenarten findet in der nächsten Woche statt in der Elverdifferstraße.

Gibt Steckrüben! Trocknet Steckrüben!

Spart Kartoffeln zur Saat und für die knappen Monate vor der neuen Ernte!

Wollstraße, Viehtrittenweg, Hellenweg, Vöckhauserstraße und Althorferstraße. Quittungskarten, Aufrechnungsberechnungen, Lohn- u. Gefindebücher sind bereitzulegen.

iii. Selbstgebackene Steckrüben werden von heute an in der Markthalle verkauft. Der Vorrat, von dem jetzt verkauft wird, enthält nur selbstgebackene Steckrüben. Wer seinen Bedarf für das Frühjahr und für den Sommer noch nicht getrocknet hat, der verkaufe nicht, jetzt zu kaufen. Getrocknete Steckrüben liegen augenblicklich im Schaufenster einer hiesigen Firma zur Schau. Die getrockneten Steckrüben sehen aus wie Apfelringe. Die großen Beige Steckrüben in der Markthalle werden jetzt merklich kleiner. In den letzten Tagen sind durchschnittlich über 100 Zentner verkauft worden. Der Verein Obst- und Gemüsemarkt hat 1000 Ztr. gekauft, die nach Aufheben des Frostes aus der Markthalle nach der Weinstraße transportiert werden sollen, um hier in der mit allen neuzeitlichen Maschinen eingerichteten Einnahme des genannten ungemein sozial wirkenden Vereins zu Sauerbrannt verarbeitet zu werden.

iv. Keine vertragliche Schweinemast mehr. Wie der Vorsitzende des Landw. Kreisvereins, Landrat v. Borries, am Schluß der letzten Versammlung des Vereins mitteilte, fällt die Futterlieferung für die mehrere Vierteljahre hindurch gelieferte vertragliche Schweinemast jetzt fort. Die dafür ausgeworfene Geste kann zu diesem Zwecke nicht mehr geteilt werden.

v. Der Evangel. Bund (Zweigverein Herford) darf für seinen Besprechungsabend am morgigen Sonntag, 4. Februar, abends 8 Uhr, im Evangel. Vereinshaus gewiß auf rege Beteiligung rechnen. Wir versehen nicht, hiermit nochmals auf die Veranstaltung hinzuweisen. Bei freiem Eintritt sind auch Nichtmitglieder, Männer und Frauen, herzlich willkommen.

vi. Butter wird verteuert am Montag an die Nummern 6573 bis 8036.

vii. Prämien für Milch und Butter. Um die Produktionsfreudigkeit der Landwirte anzuregen, hat der Landrat Herford, wie in der gestrigen Ausgabe der Herforder Zeitung für Stadt und Land veröffentlicht worden ist, ein Prämien-system eingeführt. Für je 150 Liter abgelieferte Vollmilch oder je 10 Pfund abgelieferte Butter erhält der Erzeuger eine Futtermarkte über 15 Pf. Meie oder andere Futtermittel. Der Versuch, auf diese Weise die Produktion zu heben, ist neu, aber überaus klug. Man darf gespannt darauf sein, wie er wirkt.

viii. Keine Versammlung. Die für morgen in Aussicht genommene Versammlung an der Uhlstraße über Volksernährung findet wegen des Kohlenmangels nicht statt.

ix. „Der Reife als Däfel.“ Das vorgestern von der Rhein-Westf. Verbandshilfe gebotene von Anfang bis zu Ende sich gleichbleibende reizende Lustspiel Schillers fand eine äußerst dankbare Aufnahme. In dem bis auf den letzten Platz besetzten Saale wurde aus vollem Herzen heraus den Künstlern uneingeschränkte Anerkennung zuteil; das Publikum amüsierte sich vortrefflich und spendete wiederholt lebhaften Beifall. Es erübrigt sich, auf die Leistungen einzelner Darsteller näher einzugehen, die Hauptfiguren waren gleich ausgezeichnet in Miene und Spiel und die Ausstattung wie auch die Kostüme ließen nichts zu wünschen übrig. Das Spiel klappte und zeigte von sorgfältigen Studien, was gerade bei diesem Lustspiel außerordentlich in die Wagschale fällt. Die Spielleitung darf diesen Abend in unserer Stadt als einen gut gelungenen buchen, der die Unebenheiten des vorangegangenen vollends wieder wettmachte.

x. Musikalisch am Sonntag, 4. Februar, am Wilhelmshof: 1. Andra-Marsch (Hietow). 2. Du verlore „Dichter und Bauer“ (Supé). 3. Spinnerlied a. d. „Fliegenden Holländer“ (Wagner). 4. Melodien a. d. Op. „Carmen“ (Bizet). 5. Paraphrase „Waldandacht“ (Reineke). 6. Schaf. Walzer (Strauß).

xi. Holsen, 2. Febr. Der Schweine-Versicherungs-Verein Holsen und Umgegend zählte am Jahres-schluß 106 Mitglieder, welche 184 Schweine versichert hatten. Die Einnahmen betrugen 2450 M., an Entschädigungen wurden gezahlt 2369 M. Der Verein hat auf der Sparkasse Ennigloh ein Guthaben von 923 M.

xii. Hausberge, 2. Febr. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. So erging es letzten den auf der Zement-fabrik „Porta Union“ zu Ressen arbeitenden 32 gefangenen Engländern. Wegen des geringen Schneefalles glaubten sie, die Arbeit verweigern zu dürfen. Infolge dessen erhielten sie am Mittag nichts zu essen. Trotzdem weigerten sie sich auch, des nachmittags zu arbeiten. Zur Strafe ließ man jetzt die Gefangenen draußen im Schnee antreten, sie weigerten sich aber weiter zu gehen. Vier für wurde ihnen des Abends nur halbe Portion verabreicht und der Strohhalm entzogen, so daß ihnen nichts anderes übrig blieb, als auf dem Fußboden zu schlafen. Die Gefangenen hätten die Arbeit immer noch nicht wie der aufgenommen, wenn nicht noch strengere Maßregeln getroffen wären. So wurden denn außer den militärischen Wachen noch 8 Arbeitsinspizoren verordnet und mit einer Waffe versehen. Infolge dieser strengen Maßregel betragen sich die Gefangenen jetzt anders und arbeiten mehr wie zuvor.

xiii. Holsen, 1. Febr. Für hervorragende Leistung im Anbau von Kriegsmaschinen haben laut Bekanntmachung des Herrn Landrats in Bielefeld die Eiserne Kriegsmaschinenmedaille erhalten Herr Meier

zu Holsen hier nebst einem Geldpreis in Höhe von 25 M. und Herr Kornfeld Nr. 1 Ebbsloh einen Geldpreis in Höhe von 15 M.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Paderborn, 1. Febr. Wegen Kohlenmangels hat das hiesige Elektrizitätswerk versagen müssen und die Stadt blieb ohne Strom und Beleuchtung. Auch unser Gaswerk, so schreibt das „Westf. Vbl.“, stand wieder in größter Gefahr, schließen zu müssen, augenblicklich hat es etwas Kohlen, aber der Nachschub ist noch nicht gesichert. Mit dem Betriebe des Gaswerkes hängt bekanntlich auch der des Wasserwerkes zusammen. Eine Reihe der bedeutendsten Privatbetriebe leidet ebenfalls schwer unter der Kohlennot und steht vor der Schließung, falls nicht baldigst Hilfe kommt. Für die Aufrechterhaltung der Bäckereien ist für allernächste Zeit gesorgt. Traurig sieht es in vielen Haushaltungen, namentlich „kleiner Leute“ aus: kalter Herd und kalte Stube, dabei ein Häufchen Kinder und keinen Kessel warmes Wasser zu essen! Die Eisenbahnbehörde hat ihren Arbeiterfamilien in dankenswerter Weise etwas Kohlen zugewiesen, aber in der übrigen Bevölkerung herrscht bei der andauernden Kälte und dem starken Mangel an Heizmaterial zum Teile nicht geringes Elend. Die Aussicht auf Besserung ist nach dieser Seite leider recht gering, wenigstens bis jetzt noch.

Güterlosh, 1. Febr. Dem Leutnant und Kompagnieführer eines Reserve-Regts. Hans Schmitt, der die in den amtlichen Kriegsberichten vom 25. und 27. Januar erwähnten Erfindungen an der Combreshöhe angelegt und geleitet hat, ist das Eiserne Kreuz 1. Klasse verliehen und vom Armeeführer v. Stranz persönlich ausgehändigt worden.

Kaiser und Deutsche Turnerschaft.

Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, Berlin. Die tiefe Dankbarkeit, die das ganze deutsche Volk für Euer Majestät weiße Führung in diesem Kriege erfüllt, die hohe Begeisterung, von der das Volk in allen seinen Schichten durchglutet ist, nachdem Euer Majestät hochherziges Friedensangebot von den Feinden so schnell abgewiesen ist, hat auch die Deutsche Turnerschaft, die seit einem Jahrhundert in heiliger Begeisterung die Jugend im vaterländischen Gedanken erzieht, im Geiste an Euer Majestät Geburtstage vereint. Im Namen der Deutschen Turner, sowohl der ihres Alters wegen Dahingegangenen, als der Hunderttausende, die draußen vor dem Feinde stehen, rufen wir Euer Majestät zu: Gott erhalte Euer Majestät dem Vaterlande und gebe Euer Majestät die Kraft, den großen Kampf zu siegreichem Ende zu führen, auf daß daraus ein größeres, einigeres und sicheres Vaterland erblühe! Heil und Sieg!

Der Ausschuh der Deutschen Turnerschaft.

Antwort des Kaisers:

S. M. lassen dem Ausschuh der Deutschen Turnerschaft für die Glückwünsche zu Allerhöchster Ihrem Geburtstage herzlich danken und gedenken gern der hohen Verdienste, welche sich die deutschen Turner im Felde und dahinein um das Vaterland mit schweren Opfern an Gut und Blut erworben haben.

Auf Allerhöchstem Befehl
Geh. Rabinetsrat v. Valentini.

Geldentod zweier westfälischer Offiziere.

Vom frühen Morgen an lag die Stellung einer Kompagnie des Reg. Inf.-Regts. Nr. 369 unter stärkstem Minen- und Artilleriefeuer. Am späten Nachmittag fehlte der Sturm der feindlichen Infanterie ein. Die sehr geschwächte vorderste Grabenbesatzung schlug sich wacker gegen den übermächtigen Gegner. Doch nicht allzu lange hätte sie standhalten können. Da kam die ersuchte Hilfe. Der Kompagnieführer, Leutnant der Reg. Karl Glaskämper aus Paderborn, brachte sie. Durch das stärkste Artilleriefeuer sprang er heran. Der Kampf belebte sich aufs neue. Wichtig fielen die Schläge. Der Gegner stürzte, wich. — Im Priesterwalde, bei Jähren, überall hatte Leutnant der Reg. Glaskämper sich als schneidiger Draufgänger bewährt. An der Somme siegte er zum letztenmal. Der Feind war bereits geworfen, da traf ihn ein feindliches Geschloß in den Kopf. Sein Gewehr war auf den zurückstürzenden Gegner gerichtet. Weiter rechts kämpfte mit gleichem Schneid der jüngste Offizier der Kompagnie, Leutnant der Reg. Alfons Kr aus Hamm. Auch bei ihm war der Gegner eingedrungen. Schnell entschlossen ging er auf ihn los. Hinüber und herüber schlugen die Handgranaten. Hart war der Widerstand, doch dem ungelitten des tapferen Offiziers vermochte der Gegner nicht zu widerstehen — er wich. Siegesfroh leuchteten die Augen des jungen Leutnants, plötzlich sank er zu Boden — ein Granatsplitter hatte ihn ins Herz getroffen.

So starben zwei Offiziere, allein ein glänzendes Beispiel treuester Pflichterfüllung.

Der Eisboot-Postschiffer.

Von den Schwierigkeiten der Postbeförderung im schles-wigischen Wattenmeer bei den jetzigen Eisverhältnissen

bringt der Lübecker Generalanzeiger folgendes anschauliche Stimmungsbild: Scharfen Schrittes kommen durch den knarrenden Schnee vier Männer daher. Sie sind mit hohen Schneestiefeln, wollener Jacke, einem Oelrod, einem Schwefel oder einer Klappmütze ausgestattet. Der eine trägt einen schweren Sack aus Deltuch, den er ins Boot legt. Es sind Eisboot-Postschiffer. Sie schleppen das Boot über die Eischollen, stoßen es ins Wasser und schwingen sich hinein. Ihr Weg zwischen den Eischollen ist hochwichtig. Wenn es nicht gelingt, die Berge zu umschiffen, so klettern sie hinauf und ziehen das Boot nach. Auf's Gratewohl treiben sie mit der Eischolle fort, bis sie ihren Kurs fortsetzen können. Oft ist stundenlang Arbeit bei Uebersteigung und Umgehung solcher Eisberge vergeblich. Zwei Führer Eisboote brauchen beispielsweise im Februar 1893 zu einer Fahrt nach dem eine Meile entfernten Dagebüll bzw. 20 und 43 Stunden, und ein Postwörmer Eisboot war nach der drei Kilometer entfernten Hallig Südfall 21 Stunden unterwegs. Die Eisboot-Postschiffer waren im Februar 1897 zwischen Risse und Rodenäs (10 Kilometer) von morgens 6 bis abends 8 Uhr im Gie. Das sind bei Mißführung großen Mengen Briefpost (Januar 1897 einmal 42 Sätze) in durchwachten und eisgefrorenen Kleidern sehr beschwerliche Touren, die nur von fernen und abgehärteten Seelenten, die die Tiefen und Unstetigkeiten der Watten kennen, ausgeführt werden können. Unverdorbenen gehen sie jeden Tag an ihre schwere Arbeit. Manche von ihnen haben Jahrzehnte lang die Strapazen solcher Eisreisen ausgehalten.

Ueber die Verhältnisse.

Weil er aber seine Verhältnisse lebte hat sich der Gerichtsschaffner Arthur Preim ins Unglück gestürzt. Er hatte sich vor der Magdeburger Strafkammer wegen Unterschlagung und Vernichtung von amtlichen Urkunden zu verantworten. Preim war als Einjährig-Freiwilliger ins Heer eingetreten und wurde schon in den ersten Kriegsmomenten verwundet. Nachdem er wieder ausgeheilt war, erhielt er eine Anstellung als Gerichtsaktuar in Stahfurt. Hier bezog er ein Gehalt von 150 Mark, wozu noch seine Invalidenrente von 27 Mark kam. Er hatte von seinem Einkommen gut leben können, zumal er bei seinen Eltern wohnte und von ihnen auch die Kost erhielt, wofür er monatlich nur 40 Mark abzugeben hatte. Hoffnungslos Neigungen brachten den jungen Mann auf Abwege und ließen ihn Schulden machen. In seiner amtlichen Stellung hatte er die Vermögensverhältnisse zu bearbeiten. Um sich Geld zu verschaffen, eignete er sich ein Sparschaffensbuch an und erhob darauf einen Betrag

von 190 Mark. Außerdem hatte Preim Aktien in seiner Verwahrung, die seine eigene Person betrafen und in denen sich auch die Anerkennung seiner Vaterchaft zu einem unehelichen Kinde befand. Dieses Merkmal hat der Angeklagte aus den Aktien entfernt und zerrissen. Ein medizinischer Sachverständiger befandete, daß der Angeklagte an schwerer Krankheit leide, die ihn geistig minderwertig erscheinen lasse. Ein Geständnis war von ihm bei seiner Vernehmung nicht zu erhalten. Das Gericht sah ihn aber durch die Beweisaufnahme für überführt an und verurteilte ihn wegen Unterschlagung und Urkundenvernichtung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und einem Monat.

Einschneidende Heizungsbeschränkung.

Eine einschneidende Verordnung über die Einschränkung der Heizung hat der Rat der Stadt Chemnitz erlassen. Es wird darin bestimmt: In den Gebäuden mit Zentralheizung dürfen nur die Hälfte der Heizkörper beziehungsweise die Hälfte der Heizkörperglieder der Wohnräume benutzt werden. Die Warmwasser- und Dampfheizanlagen dürfen nur an zwei Tagen in der Woche in Betrieb genommen und bei Zentralheizungsanlagen nur die Hälfte der Kessel geheizt werden. In Räumen, in denen die Gefahr des Einfrierens der Rohrleitungen vorliegt, darf der Abstellraum für einen kleinsten Wärmedurchgang geöffnet werden. Die Treppenhäuser, Vordämme und Vorfälle, die nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, dürfen nicht mehr geheizt werden. Die Vorschrift gilt nicht für öffentliche und gewerbliche Gebäude, in denen auch hier möglichst viel Zimmer unbeheizt bleiben. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. — Diese Bestimmungen werden sich bei Fortdauer der strengen Kälte kaum aufrechterhalten lassen.

Beschwerden

Aber unregelmäßige und unpünktliche Zustellung unseres Blattes bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle: Rennstr. 29/31 (Fernsp. 88) zu richten.

Verlag der Herforder Zeitung für Stadt und Land

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle, Herford.

VII. Armecorps.

Stellvert. Generalkommando.

Abt. Ib Nr. 5277.

Münster, den 25. Januar 1917.

Bekanntmachung.

Vorkommnisse der letzten Zeit geben mir Veranlassung zu folgendem Hinweis:

„Wer Briefe oder Schriftstücke von Kriegsgefangenen annimmt und versucht, sie auf irgend eine Weise nach dem Ausland weiterzubefördern — etwa in Briefen und Paketen an die kriegsgefangenen Deutschen im Ausland — tritt in unerlaubten Verkehr mit den Gefangenen und wird nach Ziffer 9 der Verordnung vom 27. November 1914 mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernden Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Unter Umständen machen sich die Betreffenden dabei sogar der Beihilfe zum Landesverrat schuldig und haben Bestrafung wegen dieses Verbrechens zu gewärtigen.“

Der kommandierende General

Führ. von Gayl.

VII. Armecorps.

Stellvert. Generalkommando.

Abt. Ib. Nr. 488 T.

Münster, den 26. Januar 1917

Bekanntmachung.

Zur Verhütung der Einschleppung und der Gefahr der Verbreitung von Pockenkrankheiten ordne ich hiermit an, daß alle in staatlichen und privaten Kriegslieferungsbetrieben Beschäftigten, die in den letzten vier Jahren nicht mit Erfolg geimpft sind, sich einer Schutzpockenimpfung zu unterziehen haben. Den Anordnungen der Polizeibehörden, die zur Durchführung der Impfung erlassen werden, ist Folge zu leisten.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 bestraft.

Der kommandierende General.

Führ. von Gayl.

